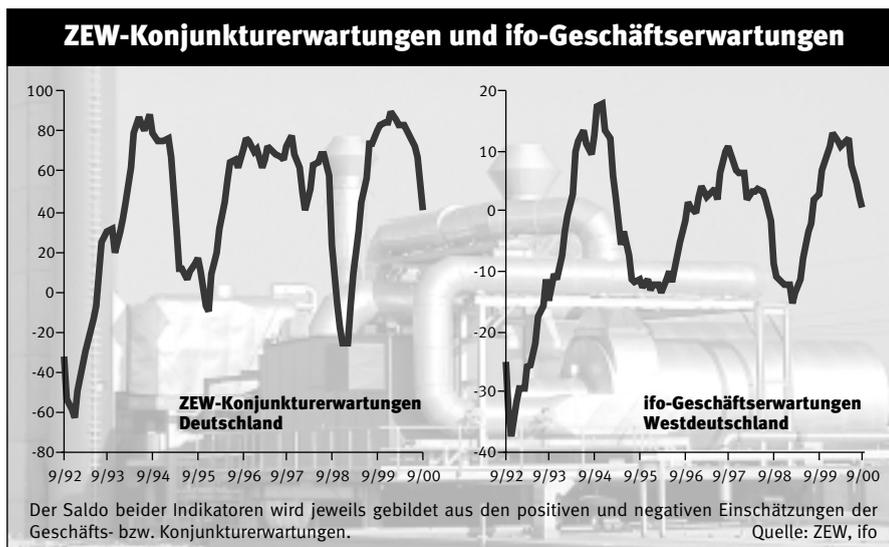


Gute Vorlaufeigenschaften der ZEW-Konjunkturerwartungen

Die guten Vorlaufeigenschaften der ZEW-Konjunkturerwartungen, über die schon länger an den Finanzmärkten spekuliert wird, haben sich bestätigt. Eine Studie des ZEW hat die Prognosequalität der beiden Frühindikatoren ifo-Geschäftserwartungen und ZEW-Konjunkturerwartungen untersucht und einen signifikanten einmonatigen Vorlauf der ZEW-Konjunkturerwartungen vor den ifo-Geschäftserwartungen für Westdeutschland festgestellt.



■ Sowohl ifo-Geschäftserwartungen als auch ZEW-Konjunkturerwartungen weisen einen signifikanten Vorlauf zur Jahresveränderungsrate der Industrieproduktion in Deutschland auf. Dieser Vorlauf beträgt für die ZEW-Konjunkturerwartungen bis zu sechs Monate, während bei den ifo-Geschäftserwartungen für Westdeutschland ein Vorlauf von maximal vier Monaten vorliegt. Die aus der Befragung von Finanzanalysten im ZEW-Finanzmarkttest berechneten Konjunkturerwartungen eignen sich daher gut für eine mittel- bis langfristige Prognose.

Ziel der ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 01-04) ist ein Vergleich des Informationsgehalts von ifo-Geschäfts-

erwartungen und ZEW-Konjunkturerwartungen und die Analyse ihres Nutzens als Frühindikator für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Beide Erwartungsindikatoren werden aus monatlichen Umfragedaten gebildet. Während jedoch der ifo-Konjunkturtest Unternehmen befragt, nehmen am ZEW-Finanzmarkttest Analysten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen teil.

Die ZEW-Studie zeigt, dass mit beiden Frühindikatoren die künftige Entwicklung der Industrieproduktion deutlich besser vorausgesagt werden kann als mit einer naiven Prognose, die lediglich die vergangene Entwicklung der In-

dustrieproduktion verwendet. Eine Prognose mit den ZEW-Konjunkturerwartungen liefert im Bereich zwischen drei und zwölf Monaten signifikant bessere Ergebnisse als die naive Prognose. Bei Verwendung der ifo-Geschäftserwartungen lässt sich diese Signifikanz hinsichtlich der Sechs-Monatsprognosen nachweisen.

Die Untersuchungen zeigen auch, dass eine Kombination von ZEW-Konjunkturerwartungen und ifo-Geschäftserwartungen für kurz- und mittelfristige Zeithorizonte die Prognosequalität der Einzelindikatoren verbessert. Offenbar enthalten beide Umfragen einander ergänzende Informationen.

Eine ausführliche Darstellung der Studie finden Sie im Märzheft des ZEW-Konjunkturreports auf Seite 10. ◀

Felix Hüfner, huefner@zew.de;
Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de

In dieser Ausgabe

ZEW-Konjunkturerwartungen	1
Technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands	2
US-Börsenwerte: Gewinnkosmetik	3
Zinssenkungen und Staatsdefizite	4
ZEW-Seminar, ZEW-Intern	5
ZEW-Termine, ZEW-Neuerscheinungen ..	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

Forschungsergebnisse

Deutschlands Innovationssystem braucht eine breitere Basis

Deutschlands Unternehmen haben ihre Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in den letzten drei Jahren um 21 Prozent erhöht. Die Innovationsanstrengungen der Industrie haben sich erheblich verstärkt. Zwei von drei Industrieunternehmen haben in den letzten drei Jahren Produkt- oder Prozessinnovationen durchgeführt. Damit liegt Deutschland in Europa mit an der Spitze. Dies darf allerdings nicht dazu führen, Risiken klein zu schreiben. Dies geht aus dem Bericht „Zur Technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands“ hervor, der unter Federführung des ZEW für das Bundesministerium für Bildung und Forschung erstellt wurde.

■ Hinter dem insgesamt positiven Gesamtbild des deutschen Forschungs- und Innovationsgeschehens in den vergangenen Jahren, so der Bericht „Zur



Technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands“ (TL-Bericht), verbergen sich nach wie vor strukturelle Defizite und Schwächen in der Zukunftsvorsorge. Zwar treten diese zurzeit auf Grund des günstigen weltwirtschaftlichen Umfelds, in dem sich die deutsche Wirtschaft befindet, weniger offen zu Tage als noch Mitte der 90er Jahre. Im Falle einer wirtschaftlichen Rezession könnte sich das aber ändern.

Als besonders innovationsstark hebt der TL-Bericht die deutsche Automobilindustrie hervor. Jede vierte Mark, die die deutsche Industrie für Forschung und Entwicklung ausgibt, entfällt auf die Automobilunternehmen. Gleichzeitig gehen vom Automobilbau beträchtliche Impulse für die Forschung in anderen Branchen aus. Die hohen Forschungsanstrengungen der deutschen Automobilhersteller führen auch zu internationaler

Stärke. Knapp die Hälfte der europäischen Patentanmeldungen im Fahrzeugbau entfällt auf Deutschland.

So erfreulich die internationale Stärke des deutschen Automobilbaus auch ist, so ist die zunehmende Konzentration von FuE auf diese Branche angesichts der zyklischen Entwicklung der Automobilkonjunktur eine riskante Sache. Ein Einbruch der weltweiten Automobilnachfrage hätte negative Folgen für die Gesamtheit der Innovationsaktivitäten in Deutschland. Es müssen daher nach Ansicht der Autoren des TL-Berichts in Zukunft verstärkt Anstrengungen unter-



nommen werden, um das Innovationssystem auf eine breitere Basis zu stellen. Insbesondere der Strukturwandel in Richtung junger, anspruchsvoller Spitzentechnologien sollte weiter vorangetrieben werden.

Im Gegensatz zur Automobilindustrie hat Deutschlands Pharmabranche mit der weltweiten Dynamik bis Mitte der 90er Jahre nicht mithalten können. Dies zeigt sich bei Patenten ebenso wie bei neu zugelassenen Medikamenten.

Wichtig für die kommenden Jahre ist, so der TL-Bericht, dass die deutschen Pharmaunternehmen den Paradigmenwechsel weg von der Chemie hin zur Biologie erfolgreich meistern.

Fachkräftemangel

Einer aktuellen ZEW-Studie zufolge werden bis Ende 2002 bis zu 350.000 Informations- und Kommunikations (IuK)-Spezialisten benötigt, davon zirka 50 Prozent mit akademischer Ausbildung. Neben Informatikern werden insbesondere Elektro- und Maschinenbauingenieure, Mathematiker und Physiker mit IuK-Kenntnissen eingestellt. Dadurch verstärkt sich der Fachkräftemangel auch in anderen naturwissenschaftlich-technischen Bereichen.

Im nach wie vor vorhandenen Mangel an Studienabsolventen in technisch-naturwissenschaftlichen Fächern spiegelt sich die insgesamt niedrige Studierneigung in Deutschland wider. Noch besitzt Deutschland zwar einen Qualifikationsvorsprung, doch ein vergleichsweise geringer Anteil der jungen Menschen strebt einen Hochschulabschluss an. Das muss sich ändern, damit die Bundesrepublik nicht langfristig ausgerechnet bei ihrem wichtigsten Rohstoff, dem Wissen und der Bildung der Menschen, international ins Mittelfeld abrutscht. Eine Studierneigung von 28 Prozent eines Jahrgangs, warnt der TL-Bericht, passt nicht zu dem Anspruch einer modernen Industrienation. Immerhin liegt der OECD-Schnitt bei 40 Prozent. ◀

Jürgen Egel, egel@zew.de,
Dr. Georg Licht, licht@zew.de

Forschungsergebnisse

Bilanzkosmetik an der NASDAQ

Anleger, die in amerikanische Börsenwerte investieren, sollten sich von den von vielen Unternehmen ausgewiesenen lukrativen Gewinnen nicht zu übereilten Kaufaktionen hinreißen lassen. Denn durch den verstärkten Einsatz von Aktienoptionen zur Entlohnung von Mitarbeitern und die Ausnutzung eines Bilanzierungswahlrechts ist es vielen Unternehmen gelungen, ihre wahren Personalkosten zu verschleiern. Die Folge war, dass sie in ihren Quartals- und Jahresabschlüssen höhere Gewinne ausweisen konnten, als tatsächlich gerechtfertigt gewesen wäre. Dies zeigt eine Analyse des ZEW und der Universität Konstanz.

■ Ermöglicht wird die Gewinnkosmetik bei amerikanischen Börsenwerten durch die Wahlmöglichkeit der Unternehmen, entweder nach dem 1995 verabschiedeten Statement 123 des Financial Accounting Standard Board (SFAS 123) zu bilanzieren, oder nach der Opinion 25 des Accounting Principal Board (APB 25) von 1972 zu verfahren. Nach SFAS 123 soll der faire Wert der Optionen, die das Unternehmen vergibt, als Personalaufwand erfasst werden. Der faire Wert entspricht dem Preis, den die Option erzielt hätte, wenn sie über die Börse gehandelt worden wäre. Im Gegensatz dazu ist nach APB 25 der innere Wert der vergebenen Mitarbeiteroptionen als Personalaufwand zu verbuchen. Dieser wird im Zeitpunkt der Vergabe der Mitarbeiteroptionen gemessen und ist die Differenz zwischen aktuellem Aktienkurs und Basispreis der Option. Im Extremfall ergibt sich ein innerer Wert von Null, wenn ein Basispreis in Höhe des Aktienkurses im Vergabezeitpunkt gewählt wird. In diesem Fall müssen die Unternehmen keinen Personalaufwand für die vergebenen Optionen ansetzen, obwohl der tatsächliche Vermögenstransfer an die Mitarbeiter beträchtlich sein kann.

Die meisten der börsennotierten Unternehmen in den USA bilanzieren nach APB 25 und gestalten die an Mitarbeiter begebenen Optionen so, dass der Basispreis gleich dem aktuellen Aktienkurs im Vergabezeitpunkt ist, und somit kein Personalaufwand zu erfassen ist. Vor diesem Hintergrund müssen Anleger den Angaben im Anhang des Jahresabschlusses ihr besonderes Augenmerk widmen, wenn sie genau wissen wollen, wie es um die Gewinnsituation eines Unternehmens bestellt ist. Die Unternehmen sind dort verpflichtet, Angaben über ihre Optionsprogramme zu ma-

chen und ferner ein sogenanntes „pro forma“-Ergebnis auszuweisen. Dieses pro forma-Ergebnis entspricht dem Gewinn nach Steuern, der sich bei Anwendung von SFAS 123 ergeben hätte.

Gewinne wurden 1999 um 22 Prozent zu hoch ausgewiesen

Wie groß der Unterschied zwischen dem Gewinn nach Steuern entsprechend APB 25 und dem pro forma-Gewinn sein kann, offenbart der Blick auf die elektronische US-Technologiebörse NASDAQ. Eine Betrachtung der im Index der 100 bedeutendsten Technologie-

firmen sogar noch deutlich höher aus. Im Geschäftsjahr 1999 hätten beispielsweise Firmen wie Ebay, Yahoo! oder Broadvision bei Anwendung von SFAS 123 einen erheblichen Verlust statt eines Gewinns ausweisen müssen, wie eine frühere ZEW-Studie nachweist.

Für den Investor hat der bisher dargestellte Sachverhalt mehrere Konsequenzen. Zum einen sollte er darauf achten, bei der Bewertung von Unternehmen den Umfang der begebenen Optionen zu berücksichtigen. Zum anderen müssen Unternehmenskennziffern wie das Kurs-Gewinn-Verhältnis mit Skepsis betrachtet werden, da hier in der Regel Gewinn-

Änderung der Bilanzergebnisse bei Einbeziehung von Optionskosten



Anmerkung: Abgebildet ist die Anzahl der Firmen, die bei der Bilanzierung nach SFAS 123 eine Reduktion des ausgewiesenen Gewinns nach Steuern bzw. Erhöhung des Verlusts um den links ablesbaren Prozentsatz hätten hinnehmen müssen. Betrachtet wurden 95 Unternehmen des NASDAQ-100. Quelle: Finanz-Betrieb 1/01

werte verzeichneten Unternehmen für das Geschäftsjahr 1999 zeigt, dass der pro forma Gewinn um rund 22 Prozent niedriger liegt als der nach APB 25 ausgewiesene. Darüber hinaus ist anzumerken, dass das Gewinnwachstum durch die nicht erfolgswirksame Verbuchung der Optionskosten um etwa ein Viertel zu hoch ausgewiesen wird. Bei einigen Börsenwerten fällt die Gewinnverzer-

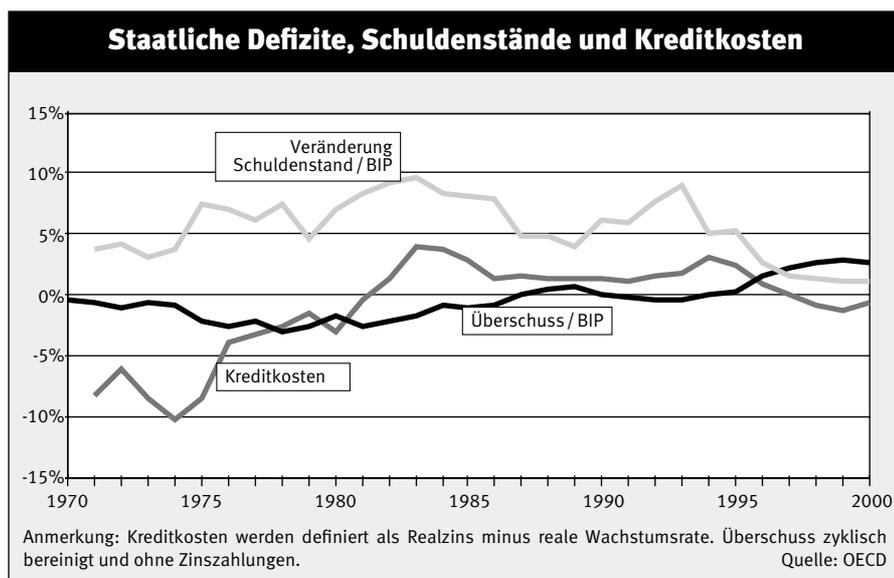
schätzungen ohne Berücksichtigung von Mitarbeiteroptionskosten einfließen. Eine fundierte Analyse des Jahresabschlusses ist daher jedem Investor anzuraten. Nur so kann den Informationsdefiziten, die durch die derzeitige Bilanzierungspraxis erzeugt werden, am Kapitalmarkt entgegengewirkt werden. ◀

Dr. Dieter Hess, dieter.hess@uni-konstanz.de;
Erik Lüders, lueders@zew.de

Forschungsergebnisse

Höhere Defizite, wenn Zinsen sinken?

Im Zuge der Einführung des Euros sind in den ehemaligen europäischen Hochzinländern die Zinsen gesunken. Dadurch verringern sich in den betroffenen Ländern die Zinszahlungen auf Altschulden. Führen die verbesserten Kapitalmarktbedingungen zu einem erneuten Anstieg des Staatsdefizits? Dass dies nicht notwendigerweise der Fall sein muss, zeigt das ZEW in einer aktuellen Untersuchung.



■ Der Euro hat zumindest schon eine Dividende gebracht: eine deutliche Zinssenkung für die ehemaligen europäischen Hochzinländer. Während noch 1992 ein Land wie Italien 13 Prozent Zinsen für seine langfristigen Staatsanleihen zahlen musste, beträgt die Rendite zehnjähriger italienischer Staatstitel inzwischen nur noch fünf Prozent. Auch inflationsbereinigt ist es in den Neunzigerjahren damit aus Sicht der früheren Hochzinländer zu einer markanten Zinssenkung gekommen.

Wie wird nun die europäische Fiskalpolitik angesichts dieser Entwicklung reagieren? Die Sorge scheint nicht unberechtigt, dass die verbesserten Kapitalmarktbedingungen nun erneut zu steigenden Defiziten führen könnten, weil der Disziplinierungsdruck der staatlichen Budgetrestriktion mit den reduzierten Zinszahlungen auf die Altschulden nachlässt. Dies würde aber der Zielsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts zuwider laufen, den Euro durch „nahezu ausgeglichene Budgets in konjunkturellen Normalzeiten“ stabilitätspolitisch zu flankieren.

Vor diesem Hintergrund untersuchte das ZEW in einer von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Studie die Reaktion staatlicher Defizite auf Veränderungen der Kreditkosten. Die Analyse wird theoretisch fundiert durch eine Anpassung des Hettich-Winer-Modells zur politökonomischen Erklärung von Niveau und Struktur öffentlicher Haushalte. In dieser Modellierung werden die politischen Kosten der Defizitfinanzierung auch durch die Wahrscheinlichkeit einer Schuldenkrise beeinflusst. Mit steigenden Kreditkosten steigt die Höhe des Primärüberschusses, der notwendig zur Stabilisierung des Schuldenstandes wäre. Der Abstand zwischen dem stabilisierenden und dem tatsächlichen Überschuss kann als Tragbarkeitsindikator herangezogen werden, der maßgeblich die Wahrscheinlichkeit einer Schuldenkrise beeinflusst. Diese Modellierung erlaubt es, folgende Größen als Determinanten des öffentlichen Primärüberschusses zu identifizieren: die Kreditkosten, definiert als Differenz zwischen Realzins und realer BIP-Wachstumsrate, sowie die Höhe des Schulden-

stands. In der anschließenden empirischen Analyse werden zunächst die fiskalischen Entwicklungen in den OECD-Ländern seit 1970 deskriptiv beleuchtet und dann mit ökonometrischen Standardverfahren auf ihre Vereinbarkeit mit dem Modell überprüft.

Defizite reagieren normal auf die gesunkenen Kreditkosten

Die Deskription erbringt bereits Hinweise auf eine Normalreaktion der Defizite auf die Kreditkosten. Allerdings zeigt sich dabei auch, dass die Reaktion des Primärüberschusses auf den starken Anstieg der Kreditkosten seit Mitte der Siebzigerjahre zu gering war, um den Anstieg der Zinszahlungen auf die Altschulden zu kompensieren.

Die ökonometrische Analyse erbringt folgende Resultate: Die Kreditkosten sind in signifikanter Weise eine bestimmende Größe für die Höhe des (zyklisch bereinigten) Primärüberschusses. Allerdings zeigt sich eine grundlegende Asymmetrie. Die Reaktion auf steigende Kreditkosten ist stärker ausgeprägt als die Reaktion auf sinkende Kreditkosten. Es finden sich also keine Hinweise, dass Regierungen schnell ihre Defizite in die Höhe schrauben, sobald eine Entspannung am Kapitalmarkt ihnen dies erlaubt. Die zwischen 1970 und 1995 stark gestiegenen Schuldenstände sind also eher darauf zurückzuführen, dass die positive Reaktion der Primärüberschüsse auf steigende Realzinsen und sinkende Wachstumsraten zu schwach und zu langsam erfolgte. Für die Aussichten der europäischen Finanzpolitik stützen die Resultate die Zuversicht, dass der Realzinsrückgang in einigen Ländern während der letzten Jahre nicht notwendigerweise zu einem erneuten Anstieg der Primärdefizite führen wird. ◀

Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

ZEW-Seminar

Hybride Finanzierungsinstrumente als Kontrollmechanismus bei Venture Capital

■ Warum werden hybride Finanzierungsinstrumente wie Wandelanleihen und wandelbare Vorzugsaktien bei der Venture Capital (VC) Finanzierung in den USA in 80 bis 90 Prozent aller Fälle benutzt? Wo liegen ihre besonderen Vorteile? Und warum werden diese Instrumente in Deutschland nur so selten eingesetzt? Auf diese Fragen bot Prof. Dr. Uwe Walz von der Universität Tübingen, Lehrstuhl für VWL, insbesondere Wirtschaftstheorie, aus der Theorie und Empirie heraus Antworten an.

Eine VC-Gesellschaft investiert in ein Unternehmen für eine beschränkte Zeit, üblicherweise drei bis sieben Jahre. Danach möchte sie ihre Anteile am Unternehmen verkaufen. Dabei kann es aber zwischen der VC-Gesellschaft und dem Gründer zu einem Konflikt über die Art der Veräußerung des Unternehmens kommen. In einem theoretischen Modell hat Prof. Walz zwei Sorten eines Ausstiegs verglichen: einen Börsengang (IPO) und einen Verkauf des Unternehmens an ein anderes, bereits etabliertes Unternehmen. Sowohl die VC-Gesell-



Prof. Dr. Uwe Walz

schaft als auch der Gründer haben einen unterschiedlichen privaten, nicht-monetären Nutzen aus beiden Alternativen. Der Gründer freut sich darüber, wenn er das Unternehmen führen kann. Die VC-Gesellschaft profitiert von einem erfolgreichen Börsengang, weil sie dadurch ihre Reputation aufbaut. Prof. Walz zeigte, dass eine optimale (first-best) Entscheidung über den Exitkanal

mit Hilfe von hybriden Finanzinstrumenten herbeigeführt werden kann.

In dem zweiten Teils seines Vortrags stellte Prof. Walz die Ergebnisse seiner empirischen Forschung auf diesem Gebiet vor. Eine Umfrage unter deutschen VC-Gesellschaften ergab, dass sich die Nutzung hybrider Finanzierungsinstrumente mit steigenden Agenturkosten erhöht. Dies entspricht den Schlussfolgerungen nicht nur seiner, sondern auch anderer theoretischer Arbeiten, in denen Wandelanleihen oder wandelbare Vorzugsaktien als Lösung für verschiedene Agenturprobleme (beispielsweise doppeltes Moral Hazard Problem, Adverse Selektion, Window Dressing, etc.) dargestellt werden.

Die geringe Nutzung von hybriden Finanzierungsinstrumenten in Deutschland führte Prof. Walz auf bestimmte Aspekte des deutschen VC-Markts zurück, etwa auf eine kurze Existenz eines IPO-Markts für junge Unternehmen oder ein hohes staatliches Engagement in der VC-Branche. ◀

Information: Tereza Tykvoval, tykvoval@zew.de

ZEW-Intern

Prof. David B. Audretsch, Ph.D.

Prof. David B. Audretsch, Ph.D., Professor an der Indiana University (USA) und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats am ZEW, wurde der „International Award of Entrepreneurship and Small Business Research“ des Jahres 2001 verliehen. Audretsch wird geehrt für seine empirischen Analysen zu der Rolle kleiner Unternehmen in der Gesamtwirtschaft und für die Erforschung der Innovationstätigkeit kleiner Unternehmen.

Der renommierte schwedische Preis geht jedes Jahr an eine oder mehrere Personen, die in einem der folgenden Gebiete Besonderes beigetragen haben: Entrepreneurship und die Entwicklung kleiner Betriebe, die Bedeutung von



Unternehmensgründungen sowie die Rolle von kleinen und mittleren Unternehmen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Neuer ZEW-Seminarkatalog!

Auch in diesem Jahr bietet das ZEW zahlreiche Weiterbildungsveranstaltungen an, unter anderem zu den folgenden Themen: Finanzmarktmanagement; Unternehmensführung und Organisation; Steuern, Rechnungswesen und öffentliche Finanzwirtschaft; wirtschaftswissenschaftliche Methodenkompetenz; E-Commerce sowie Euro. Referenten sind neben ZEW-Wissenschaftlern auch Hochschulprofessoren und ausgewiesene Praktiker aus innovativen Unternehmen. Der Seminarkatalog kann unter www.zew.de als pdf-Datei heruntergeladen oder bei Vera Pauli (Telefon 0621/1235-240, Fax -224, E-Mail pauli@zew.de) bestellt werden.

ZEW-Neuerscheinungen

■ Sammelband

Schröder, Michael (Hrsg.): *The New Capital Markets in Central and Eastern Europe*, Springer Verlag, 2001.

■ ZEW Wirtschaftsanalysen

Zimmermann, Volker: *Arbeitsmarktprobleme Jugendlicher*, Band 50, Nomos-Verlag, Baden-Baden.

Schmitt, Christian: *Ökonomische und ökonometrische Analyse der Bewertung von Optionen unter stochastischer Volatilität*, Band 52, Nomos-Verlag, Baden-Baden.

■ Discussion Papers

Westerheide, Peter: *Kosten der privaten Altersvorsorge – Private Rentenversicherungen und Fondssparpläne im Vergleich*, No. 01-02.

Almus, Matthias; Prantl, Susanne: *Die Auswirkungen öffentlicher Gründungsförderung auf das Überleben und Wachstum junger Unternehmen*, No. 01-03.

Hüfner, Felix; Schröder, Michael: *Unternehmens- versus Analystenbefragungen – Zum Prognosegehalt von ifo-Geschäfts-*

erwartungen und ZEW-Konjunkturerwartungen, No. 01-04.

Czarnitzki, Dirk: *Die Auswirkungen der Forschungs- und Technologiepolitik auf die Innovationsaktivitäten ostdeutscher Unternehmen*, No. 01-05.

Böhringer, Christoph; Vogt, Carsten: *Internationaler Klimaschutz – nicht mehr als symbolische Politik?*, No. 01-06.

Böhringer, Christoph; Welsch, Heinz; Löschel, Andreas: *Environmental Taxation and Structural Change in an Open Economy – A CGE Analysis with Imperfect Competition and Free Entry*, No. 01-07.

Rennings, Klaus; Zwick, Thomas: *The Employment Impact of Cleaner Production on the Firm Level: Empirical Evidence from a Survey in Five European Countries*, No. 01-08.

Kaiser, Ulrich: *Moving In and Out of Financial Distress: Evidence for Newly Founded Service Sector Firms*, No. 01-09.

Almus, Matthias; Czarnitzki, Dirk: *The Effects of Public R&D Subsidies on Firms' Innovation Activities in a Transiti-*

on Economy: The Case of Eastern Germany, No. 01-10.

Büttner, Thiess: *Fiscal Externalities in Local Tax Competition: Empirical Evidence from a Panel of German Jurisdictions*, No. 01-11.

Jacobebbinghaus, Peter; Zwick, Thomas: *New Technologies and the Demand for Medium Qualified Labour in Germany*, No. 01-12.

Reize, Frank: *FIML Estimation of a Bivariate Probit Selection Rule – An Application on Firm Growth and Subsidisation*, No. 01-13.

Lange, Andreas; Vogt, Carsten: *Cooperation in International Environmental Negotiations due to a Preference for Equity*, No. 01-14.

Lüders, Erik; Peisl, Bernhard: *How do Investors' Expectations Drive Asset Prices?*, No. 01-15.

Heinemann, Friedrich; Winschel, Viktor: *Public Deficits and Borrowing Costs: The Missing Half of Market Discipline*, No. 01-16.

ZEW Wirtschaftsanalysen / Schriftenreihe des ZEW

Tobias Hagen und Viktor Steiner:

Von der Finanzierung der Arbeitslosigkeit zur Förderung von Arbeit

Die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland ist angesichts der hohen Kosten, der Hinweise auf geringe oder gar fehlende Effektivität aktiver Maßnahmen und der Diskussion über negative Anreizeffekte der Arbeitslosenunterstützung in die Kritik geraten.

Dieser Band bietet eine umfassende Bestandsaufnahme und kritische Bewertung der Effizienz und Effektivität einer Vielzahl von bestehenden Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik sowie aktueller Reformvorschläge. Dabei werden auch internationale Erfahrungen zusammengefasst. Eine Wirkungsanalyse erlaubt differenzierte Aussagen zu den Effekten der aktiven Arbeitsmarktpolitiken. Daraus werden zum einen Handlungsoptionen für eine effizientere Ausgestaltung der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland abgeleitet. Zum anderen werden Ansatzpunkte für eine fundierte wissenschaftliche Evaluationsforschung aufgezeigt. Abgerundet wird der Band durch eine einführende Darstellung der Grundlagen für die wissenschaftliche Evaluation der Arbeitsmarktpolitik.

Band 51, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2000, ISBN 3-7890-6985-X.

ZEW-Termine

■ Expertenseminare

E-Commerce: Strategie, 3. Mai 2001, ZEW-Gebäude.

Fundierte Argumentation bei finanzpolitischen Themen, 8. Mai 2001, BASF, Charlottenstraße 59, Berlin.

Informationstag: EU-Forschungsförderung und Forschungsmanagement im Bereich Umwelt, 9. Mai 2001, ZEW-Gebäude.

Technologie- und Kompetenzrecherche im Internet, 22. Mai 2001, ZEW-Gebäude.

■ Informationen zu den Veranstaltungen

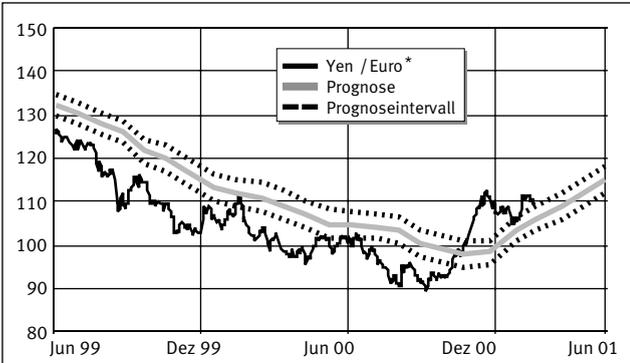
Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden sich auch auf den ZEW-Internetseiten unter www.zew.de

Bitte klicken Sie „Seminare“ an. Auf Wunsch senden wir Ihnen gerne das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu.

Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Fax 0621/1235-224, E-Mail: pauli@zew.de

Daten und Fakten

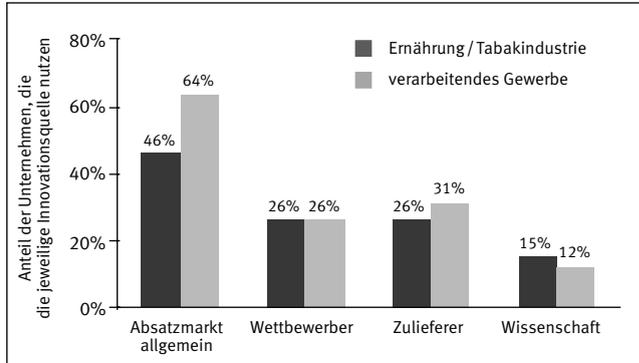
Finanzmarkttest im März: Japan Helfen die Maßnahmen der Zentralbank?



Quelle: *Thomson Financial Datastream; ZEW

Die katastrophale Lage der japanischen Konjunktur hat die Bank of Japan veranlasst, das Geldmengenwachstum zum Vorjahr von derzeit drei auf sieben Prozent zu erhöhen. Ziel ist, die kurz- und langfristigen Zinsen auf nahezu Null zu senken. Die Analysten sind mehrheitlich nicht vom Erfolg dieser Politik überzeugt, auch wenn sie einen Zinsrückgang erwarten. Ein Lichtblick ist, dass für den Yen eine weitere Abschwächung und für die japanischen Aktien ein vorläufiges Ende der Talfahrt gesehen wird. Entscheidend für die Wirkung der geldpolitischen Maßnahmen dürfte aber sein, mit welchen strukturpolitischen und fiskalischen Mitteln die Regierung die Krise bekämpfen will.
Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de

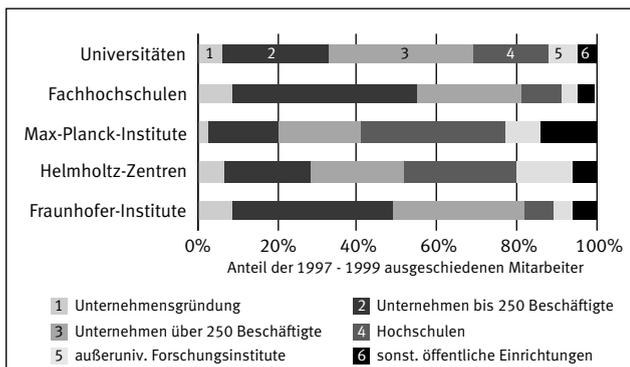
Ernährungsgewerbe / Tabakverarbeitung: Absatzmarkt gibt Innovationsimpulse



Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel, Erhebung 1999

Im Ernährungsgewerbe und in der Tabakverarbeitung haben 1999 etwa sechs von zehn Unternehmen Produktinnovationen auf den Markt gebracht. Den entscheidenden Anstoß für die Einführung neuer oder merklich verbesserter Produkte erhielten sie dabei überwiegend vom Absatzmarkt (46 Prozent), wobei die anonyme Nachfrage mit 33 Prozent etwas wichtiger ist als direkte Kundenwünsche (31 Prozent). Die Innovationsaktivitäten orientierten sich in der Branche aber deutlich seltener an Marktwünschen als im Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes. Dagegen wurde die Wissenschaft mit 15 Prozent überdurchschnittlich häufig als Innovationsquelle genutzt.
Bettina Peters, b.peters@zew.de

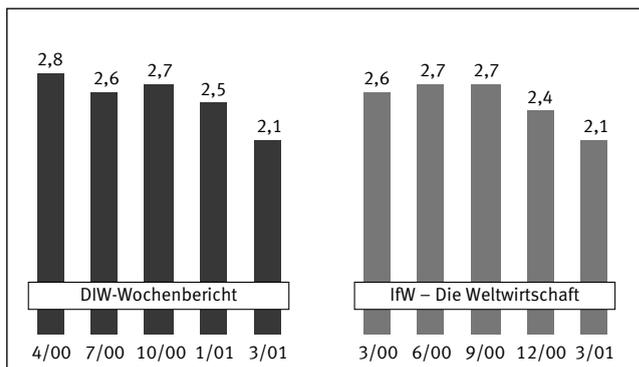
Personalmobilität von Hochschulen: Starke Orientierung auf die Wirtschaft



Quelle: ZEW-Befragung „Interaktion zwischen Wissenschaft und Wirtschaft 2000“

Pro Jahr wechselt etwa jeder zehnte Mitarbeiter von deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen an eine andere Arbeitsstelle. Von Universitäten gehen über zwei Drittel in die Wirtschaft, von Fachhochschulen sogar mehr als 80 Prozent. Bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen findet Personalmobilität stärker innerhalb der Wissenschaft statt. Trotzdem verlassen 40 Prozent der Mitarbeiter der Max-Planck-Gesellschaft ihre Institute in Richtung Unternehmen, bei den Helmholtz-Zentren sind es gut 50 Prozent. Eine Sonderstellung haben die Fraunhofer-Institute, deren ausscheidende Mitarbeiter ganz überwiegend in die Wirtschaft wechseln.
Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

BIP-Prognosen für das Jahr 2001: Unsicherheit über Konjunkturlauf



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft

Prognosen des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) basieren auf Annahmen über wichtige Einflussgrößen. Noch vor einem halben Jahr herrschte Unsicherheit über die Entwicklung der US-Wirtschaft und somit über die der deutschen Exporte, die durch die Euro-Abwertung gegenüber dem US-Dollar begünstigt wurden. Jetzt verdichten sich die Anzeichen für eine Abschwächung der US-Konjunktur. Dementsprechend sind die Prognosen für das BIP zu revidieren. Verstärkt wurde der Zwang zu einer Revision durch den Anstieg der Ölpreise. Dies zeigt, wie wichtig es ist, bei der Einschätzung einer Prognose auch den „Datenkranz“ angemessen zu berücksichtigen.
Dr. Herbert S. Buscher, buscher@zew.de



Bündnischancen

Wenn aus Widersprüchlichkeiten Einsichten erwachsen, dann erhält das „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ vielleicht neue Chancen im Hinblick auf einen informativen Dialog. In der Tat zeichnen sich die Absichtserklärungen bei den jüngsten Bündnisgesprächen Anfang März aus ökonomischer Perspektive durch Gegensätzlichkeiten aus: Es standen sich Forderungen nach einer Begrenzung der Anzahl geleisteter Überstunden einerseits und Überlegungen zur Integration älterer Arbeitnehmer in das sich ständig ändernde Berufsleben andererseits diametral gegenüber.

Der Charme von Milchmädchenrechnungen macht Ökonomen immer wieder fassungslos: Man dividiere die Zahl der geleisteten Überstunden pro Jahr – rund 1,8 Milliarden – durch die entsprechende jährliche Normalarbeitszeit eines Arbeitnehmers und flugs ergibt sich der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen, wenn es keine Überstunden mehr gäbe. Der Dreisatz als solcher mag richtig sein – er widerspricht jedoch der ökonomischen Realität.

Wie empirische Studien zeigen, werden Überstunden vornehmlich von hoch qualifizierten Arbeitskräften geleistet, weit weniger von gering qualifizierten. Andererseits gab es im Jahre 2000 nach neuesten Schätzungen knapp 1,5 Millionen unbesetzte Arbeitsplätze (unabhängig davon, ob diese den Arbeitsämtern gemeldet waren oder nicht), wiederum vorwiegend für hoch qualifizierte Erwerbstätige, vergleichsweise wenig für gering qualifizierte und in Ostdeutschland. Selbst unter Vernachlässigung der Tatsache, dass weder ein Bündnis noch ein Arbeitgeberverband dem einzelnen Unternehmen Vorschriften über die Anzahl seiner Überstunden machen kann, würde eine zwangsweise Reduktion der Überstunden den beschriebenen „Mismatch“ auf dem Arbeitsmarkt eher vergrößern. Wie soll ein Unternehmen denn reagieren, das händeringend IT-Fachkräfte sucht, wenn arbeitslose Bauhilfsarbeiter bei ihm als Bewerber vorsprechen? Diese etwa zu IT-Fachkräften weiterqualifizieren?

Einem solchen aussichtslosen Unterfangen, Arbeit durch Rationierung umzuverteilen, scheint im Bündnis der Abschied von derselben Ideologie gegenüber zu stehen, für die vor rund einem Jahr noch vehement unter der Fahne einer Frühverrentung älterer Arbeitnehmer gefochten wurde. Nunmehr machen sich die Bündnisteilnehmer offenbar Gedanken darüber, das Humankapital älterer Arbeitnehmer zu nutzen, anstatt es der Abschreibung vermittelt Erwerbslosigkeit preis zu geben. Ein solcher Sinneswandel wäre bemerkenswert und löblich, obgleich vor übertriebenen Erwartungen gewarnt werden sollte. Sicherlich weisen viele ältere Arbeitnehmer ein hervorragendes Erfahrungswissen und eine hohe soziale Kompetenz auf, aber nicht alle können mit den rasanten technischen Entwicklungen Schritt halten, selbst mit Hilfe noch so gut konzipierter Fortbildungskurse nicht. Ansonsten wären die meisten Unternehmen wohl auch ohne Bündnis auf solche Ideen gekommen.

Bedenklicher ist dann schon, dass bei der allfälligen Finanzierung der Weiterqualifikation älterer Arbeitnehmer die Bundesanstalt für Arbeit mal wieder mit ins Boot genommen werden soll, obwohl hier Arbeitnehmer und Unternehmen gefordert sind. Nebenbei bemerkt eröffnet sich im Bereich der betrieblichen Weiterqualifikation gegebenenfalls ein geeignetes Betätigungsfeld für eine betriebliche Arbeitnehmervertretung, die in „vertrauensvoller“ Zusammenarbeit mit der Unternehmensleitung – wie es das Betriebsverfassungsgesetz vorsieht – geeignete Programme ausarbeiten kann.

Bahnt sich im Bündnis also eine Kehrtwende hin zu größerer ökonomischer Vernunft an? Die nächsten Monate werden es weisen. Skepsis scheint jedoch angesichts einiger nachträglicher Interpretationen der jüngsten Bündnisgespräche angebracht.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-Mail buscher@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher